Nr. 211 XXVII. Jahrgang

Mittwoch, 6. August 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher 13 520, 13 638, 13 607, 17 199. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2080. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die 34 mm breite Schriftzeile kostet [illegible] M., die 70 mm breite Reklamezeile M. 1,50 mit Plahvorschrift M. [illegible] Für Sonn- oder Festtage 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegtem Tarif. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Kleingesuche, amtliche Bekanntmachungen 25 % Sonderrabatt. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts nur von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1,70, vierteljährlich M. 5,10. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1,70, vierteljährl. M. 5,10; B mit „Illustr. Neueste" [illegible] M. 1,85, [illegible] 5,55. Postbezug im Ausland u. Einzahlung in den Postämtern. Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1,00, nach dem Auslande M. 1,50. Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Die Rumänen in Budapest

Der Zusammenbruch der Herrschaft Bela Kuns hat den Rumänen zu einem unerwarteten Erfolg verholfen und dem Nationalstolz der Ungarn einen Schlag versetzt, wie er sich schlimmer kaum denken läßt. Die verhaßten Rumänen sind gegen alle Versprechungen in Budapest eingerückt, wie wir gestern schon meldeten, und haben sich der Behörden und öffentlichen Gebäude bemächtigt. Dadurch wurde dem ersten Jubel, der in der ungarischen Hauptstadt laut werden wollte, rasch ein Dämpfer aufgesetzt. Ueber die erste Wirkung der Befreiung vom Joch der Räte-Diktatur berichtet folgendes Telegramm:

Der Budapester Sondervertreter des „Corriere della Sera" berichtet über den ungeheuren Jubel der Bevölkerung in der ungarischen Hauptstadt. Zum ersten Male wurden die Läden wieder aufgemacht; freilich sind sie völlig ausgeräumt. Die neue Regierung sowie Oberst Romanelli richteten Aufrufe an die Bevölkerung und empfahlen, Ordnung und Ruhe zu halten, als einziges Mittel, um die Lage zu bessern und Lebensmittel zu beschaffen. Alle Bolschewisten sind geflohen, die Führer in Autos unter Mitnahme großer Geldsummen. Kein einziger Bolschewist ist mehr zu sehen. Ueberhaupt bestand, wie die Sozialdemokraten selbst feststellen, die terroristische Bande aus höchstens 1500 Individuen. Wie man weiter erfährt, ließ die Räteregierung nicht weniger als sieben Milliarden drucken. Die bei Banken und Privatleuten noch vorhandenen Depots wird man retten können.

Kaum war jedoch die Gewaltherrschaft der Bolschewisten beseitigt, da rückte die rumänische Gefahr für Budapest in den Vordergrund. Man baute zwar noch auf den Einfluß der Entente, jedoch der versagte oder wurde wahrscheinlich überhaupt nicht ernstlich geltend gemacht, die Rumänen rückten ein. Nach Wien wurde darüber aus Budapest berichtet: „Entgegen dem Versprechen der Entente und den Vereinbarungen mit dem rumänischen General Nuresku, wonach die rumänische Armee Budapest nicht besetzen werde, ist am 4. August General Maderesku, der Oberkommandeur der rumänischen Armee, nachmittags 4 Uhr an der Spitze von 30 000 Mann in die Hauptstadt Ungarns eingezogen und hat die Stadt als besetzt erklärt.

Das rumänische Oberkommando übernahm das Stadtkommando, dessen erster Akt war, daß sämtliche in Budapest befindlichen Automobile, einschließlich der Dienstautomobile der Minister, requiriert wurden. Es ist nochmals zu betonen, daß in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag General Nuresku ein schriftliches Uebereinkommen unterzeichnet hat, wonach die Rumänen die Stadt nicht besetzen, sondern nur einzelne Truppen dort einquartiert würden. Heute vormittag hat das Gros der Armee Maderescu die Vorhuten der rumänischen Truppen vor Budapest eingeholt. Als Maderesku von dem in der Nacht getroffenen Uebereinkommen hörte, erklärte er, daß er selber es nicht respektieren und in die Hauptstadt einziehen werde. Die rumänischen Truppen bezogen unter Führung ihrer Quartiermacher sofort die verschiedenen Kasernen in Budapest. Um 6 Uhr nachmittags hatten die rumänischen Truppen die wichtigsten Gebäude der Hauptstadt und das Telegraphenamt besetzt. Gerüchtweise verlautet, daß auch König Ferdinand von Rumänien in Budapest einziehen werde." Ueber die ersten Maßnahmen der Besatzungstruppen berichten weiter noch folgende Telegramme:

Wien, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Budapest gemeldet wird, hat der rumänische Militärbefehlshaber Montag mittag über die Stadt Budapest den Belagerungszustand verhängt. Die Ablieferung der Waffen aus dem Besitz der revolutionären Arbeiterschaft wurde mit einer nur zweistündigen Frist anbefohlen. Das Hauptquartier der Roten Armee, das Militärdepot, das Artilleriedepot am Westbahnhof wurden von den rumänischen Truppen Montag nachmittag besetzt.

Genf, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Eine Havas-Depesche meldet: Das rumänische Hauptquartier erklärt, daß es zum Schutze des Bürgertums und der friedlichen gewerktätigen Bevölkerung in Budapest eingerückt sei. Weitere rumänische Truppen seien nach Budapest unterwegs. An der Theißfront haben die Rumänen die Leichen von 60 Gutsbesitzern vorgefunden, die von der Roten Armee ermordet worden sind. Die Leichen sind nach Halas gebracht, wo sie von einer Ententekommission besichtigt werden sollen.

Wien, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Aus Budapest wird gemeldet: Der Arbeiterrat Szegel, ein intimer Freund Bela Kuns, wurde auf dem Leopoldsring von Zivilpersonen, darunter zahlreichen Arbeitern, angehalten und nach kurzem Wortwechsel über die Margaretenbrücke in die Donau geworfen. Sein Begleiter, gleichfalls ein kommunistischer Arbeiterrat, wurde von der empörten Menge halb tot geprügelt.

Unter dem Drucke dieser rumänischen Bedrohung scheint augenblicklich die innere Schwierigkeit etwas in den Hintergrund getreten zu sein. Man erfährt nur, daß die Regierung weiterhin Versuche macht, ihre Basis auf demokratischer Grundlage zu erweitern, um so fester Fuß fassen zu können. Ueber diese Versuche melden folgende Telegramme: Wie „Pesti-Nepszava" meldet, hat die vorläufige Regierung entsprechend dem Grundsatz der Demokratie vorbereitende Schritte getan, um sich aus Vertretern der außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Parteien des Landes zu ergänzen, damit auf diese Weise sämtliche Schichten des Volkes an den Regierungsarbeiten teilnehmen und die ganze Bevölkerung durch das allgemeine Wahlrecht ihre politische Ueberzeugung kundgeben kann. — Das Ungar. Telegr.-Korr.-Bur." meldet: Die Regierung hat beschlossen, das durch die Regierung Karolyi herausgegebene Wahlgesetz nahezu unverändert aufrechtzuerhalten und die Wahlen für die verfassunggebende Nationalversammlung unverzüglich auszuschreiben.

Die schwere politische und wirtschaftliche Notlage Ungarns bleibt natürlich nicht unbenützt von der Entente, die auch hier ihr Schäfchen scheren will. Wohin sie dabei strebt, verrät folgende Notiz: Aus den Aeußerungen der Ententevertreter geht hervor, wie von informierter ungarischer Seite bestätigt wird, daß man mit vollen Segeln auf die Donauföderation hinsteuert. Die ungarischen Finanziers sehen darin, d. h. vor allem in einer Fortdauer der gemeinsamen Geldwirtschaft, den besten Ausweg aus der Katastrophe und empfehlen, um die Franzosen für ihren Plan zu gewinnen, die Umwandlung der Kronen- in die Frankenwährung für das ganze frühere Oesterreich-Ungarn.

Es wird nicht schwer sein, die Franzosen für diesen Plan zu gewinnen, da er ja vermutlich von ihnen ausgeht. Schwerer aber dürfte es sein, trotz allen schlechten Erfahrungen, die Ungarn mit den extremsten Sozialisierungsversuchen gemacht hat, das Land zu einer rein kapitalistischen, imperialistischen Wirtschaftsform zurückzuführen, wie es anscheinend von ungarischen Finanzleuten mit Unterstützung der Entente geplant ist. Die natürliche Entwicklung dürfte auch den Magyaren-Staat zu einer ähnlichen wirtschaftlichen und politischen Struktur führen, wie sie sich bei uns und in Oesterreich durchgesetzt hat. Daran wird auf die Dauer weder die Entente noch die Szegediner Nebenregierung, die bis jetzt verdächtig im Hintergrunde bleibt, etwas ändern. Die demokratische Entwicklung läßt sich am wenigsten in den Ländern aufhalten, die bereits einmal von der revolutionären Welle erfaßt waren.

*

Ententekommissionen in Budapest

Genf, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet aus Budapest: Mitglieder der Wiener Ententekommissionen sind in Budapest eingetroffen, um Verhandlungen mit der neuen Regierung aufzunehmen. Sie haben die meisten öffentlichen Gebäude in Budapest ausgeraubt vorgefunden. Ihre erste Forderung ist die Entwaffnung der Roten Armee und die Festnahme aller Mitglieder der früheren Räteregierung, über deren Schicksal die Alliierten bestimmen werden.

Der Sozialistenkongreß in Luzern

Luzern, 5. August

In der Fortsetzung der Kommissionsberatung für den Wiederaufbau der Internationale machte Dr. Hilferding Ausführungen im Namen der unabhängigen Parteileitung, daß die Unabhängige Partei nur dann der Internationale angehören könne, wenn in ihr kein Raum für die Mehrheitssozialisten sei. Longuet (Frankreich) schloß sich im großen und ganzen diesen Ausführungen an. Wenn die Internationale sich nicht auf den revolutionären Standpunkt stelle, dann würde die Mehrheit der französischen Arbeiter sich ebenfalls nach Moskau orientieren, denn innerlich seien die Mehrheitssozialisten in Deutschland mit den Gesinnungsgenossen Renaudels einig.

Criespi beantragte, daß sich der Kongreß für die Diktatur des Proletariats erkläre. Der Antrag wurde mit allen gegen die Stimme Criespis abgelehnt. Otto Wels trat den Ausführungen Hilferdings entgegen und widerlegte seine Behauptungen über die Entstehung der Revolution und über die angeblichen Verdienste der Unabhängigen hierbei. Wels beschäftigte sich eingehend auch mit den inneren Zuständen in Deutschland, die Hilferding als schlimmer wie die Rußlands bezeichnet hatte, und rechtfertigte die staatlichen Maßnahmen in Deutschland, weil sie zur Rettung des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft aus äußerster Lebensgefahr notwendig waren. Nach Eduard Bernstein wandte sich gegen Hilferding. Er betonte u. a., daß die deutsche Volkswirtschaft auf die Tätigkeit der Unternehmer noch nicht verzichten könne, daß diese Tätigkeit aber der Ruhe bedarf.

Macdonald stellte, wie „Feuille" berichtet, in einer Unterredung folgendes als Ziel des Luzerner Kongresses auf: Erweiterung der in Bern errichteten Organisation, Vervollständigung des Programms, Unterstützung der sozialistischen Regierungen, Erörterung der sozialen Fragen, Aufklärung der Arbeiterschaft auf dem Lande, Einigung der Arbeiter zum Zwecke gemeinsamer internationaler Arbeit, gemeinsame Politik in bezug auf Rußland, Unterbindung der Einflüsse, die dem kapitalistischen und militärischen Regime und dem Farismus zur Stärkung dienen, schließlich Einrichtung eines sozialistischen Nachrichtendienstes. Ueber seine Meinung hinsichtlich des Sozialismus der übrigen Länder befragt, erklärte Macdonald, er könne weder mit den sozialistischen Genossen in England, noch mit denen auf dem Kontinent immer übereinstimmen. Er sei z. B. mit der russischen bolschewistischen Regierung nicht einig, wünsche aber, daß sie freie Hand bekomme. Deutschland habe Chancen wie kein anderes Land, aber auch Großbritannien sei wahrscheinlich weitergegangen in den revolutionären Methoden als irgendein andres Land.

*

Das Ergebnis des Gewerkschaftskongresses

+ Bern, 5. August. (Priv.-Tel.) Der Zusammenbruch aller internationaler Gesinnung ist endgültig auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam klar geworden. Nicht nur bei dem heftigen Zusammenstoß, bei dem der Amerikaner Gompers dem Deutschen Legien vorwarf, daß er den „Kaiserismus" vertrete und „Deutschland, Deutschland über alles", sondern es hat sich in Amsterdam auch ein anglo-amerikanisches Bündnis gegen die Deutschen gebildet, und die Franzosen haben zum großen Teil Neigung gezeigt, sich diesem Bündnis anzuschließen. Jedenfalls ist klar geworden, daß die Gewerkschaftler der großen gegen Deutschland verbündeten Mächte ganz auf nationalistischem Standpunkte stehen und daß die Deutschen in der Gewerkschafts-Internationale als Ausgestoßene behandelt werden sollen.

Die französische sozialistische Presse äußert sich bisher über den Amsterdamer Kongreß nur sehr zurückhaltend, mit Ausnahme der „France Libre", die in einem sehr scharfen Leitaufsatz die Haltung der deutschen Gewerkschaftler verurteilt. Das Blatt meint: Weder die deutschen Sozialisten noch die Gewerkschaftler in der Person ihrer Vertreter hätten sich bisher von der Politik der führenden Klassen von gestern und heute entfernt, kaum daß sie Phrasen der Reue finden, in denen Zweideutigkeit und Heuchelei wetteiferten. Dies sei eine brutale Tatsache, die man in französischen sozialistischen Kreisen nicht übersehen dürfe. Aus der Haltung der Deutschen in Amsterdam müsse man entnehmen, daß sie willens seien, wie die schlimmsten Alldeutschen Mitschuldige des Verbrechens ihrer Regierung zu werden.

Die Ausstände in der Schweiz

Der Generalstreik in der Schweiz ist als mißglückt anzusehen. Alle vorliegenden Meldungen deuten darauf hin: Die Schweizerische Arbeiterunion in Olten beschloß, keinen schweizerischen Generalstreik zu erklären, sondern die Aktionen den örtlichen Arbeiterunionen zu überlassen. — Das Kartell der christlich-sozialen Gewerkschaften, das den Streik entschieden ablehnte, sagt in einem Aufruf, der Hauptmacher dieses Streiks habe erklärt, daß am kommenden Donnerstag eine Räteregierung in der Schweiz am Ruder sein werde. — Die kommunistische Partei in Biel beschloß, den Streik zu unterstützen.

Ueber die Stimmung im Lande liegt folgende zusammenfassende Meldung vor:

Basel, 5. August. Das von den noch immer am Erscheinen verhinderten bürgerlichen Blättern herausgegebene „Nationale Bulletin" stellt fest, daß die Streikbewegung in Basel stabil geblieben ist und die Arbeiterschaft sich in gedrückter Stimmung befindet. In Zürich herrschen Uneinigkeit und Zerfahrenheit, so daß dort die Bewegung im Zurückgehen begriffen ist. Es wurde kein neuer Zwischenfall mehr gemeldet. In Veröffentlichungen von bürgerlicher Seite wird die Bewegung ausdrücklich als revolutionär-bolschewistisch bezeichnet. Das platte Land steht treu zu den Behörden und ist erbittert über die ausgebrochenen Streiks, die die Söhne und Arbeiter der Bauern zwingen, mitten in der Ernte in die Stadt zu ziehen für Recht und Ordnung.

Am Montag ist in Zürich die gesamte aufgebotene Infanterie und Kavallerie eingerückt und hat den Schutz der öffentlichen Gebäude, der Banken, der großen industriellen Betriebe und der Hauptstraßen übernommen. Die Straßenbahner haben der Aufforderung, den Dienst anzutreten, vollständig Folge geleistet, so daß der Straßenbahnverkehr wieder ganz normal ist. Es wurden Flugblätter, die zum Ausharren im Streik aufforderten, beschlagnahmt. Durch einen Aufruf teilte die Streikleitung der Arbeiterunion Zürich mit, daß der Generalstreik weitergeht. — Auch die Setzer beschlossen mit 473 gegen 87 Stimmen, den Streik abzubrechen.

In Basel wurden in ihren Wohnungen die beiden Sozialistenführer Meister und der Präsident der Eisenbahner Weng verhaftet.

Die Folgen eines Polizeistreiks

Kopenhagen, 5. August. Der vor einigen Tagen in England ausgebrochene Streik der Polizeibeamten wird von Reuter als ein großes Fiasko bezeichnet. Von angeblich über 26 000 Beamten des Landes haben nur 2280 die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden werden überall sofort entlassen, an ihre Stelle hat man alte, entlassene Soldaten eingestellt. Die einzige Stadt, die ernsthaft von dem Streik berührt wird, ist Liverpool, wo fast 1000 Beamte von im ganzen 2200 streiken. Einen derartigen Ausstand konnten die unlauteren Elemente nicht unbenutzt vorübergehen lassen, sondern sie machten sich mit Erfolg daran, die Schaufenster zu plündern. Der Versuch, die Warenhäuser im Hafen in Brand zu stecken, wurde schnell vereitelt. Jetzt hat eine freiwillige Bürgerwehr zusammen mit abkommandierten Soldaten die Aufrechterhaltung der Ordnung übernommen. Die Regierung hat zur Unterstützung dieser improvisierten Polizeitruppe Kriegsschiffe und Tanks geschickt. Auf diese Weise suchte man die Ordnung wiederherzustellen, aber bald begann der Pöbel neue Plünderungen in andern Stadtteilen. Auch dort waren es nächst den Juwelierläden hauptsächlich Schuhgeschäfte, die sich der besonderen Vorliebe der Räuber erfreuten.

× **London, 4. August.** (Reuter.) Heute sind in Liverpool weitere militärische Verstärkungen angekommen. Man glaubt, daß bei den Unruhen in Liverpool ein Schaden von 250 000 Pfund Sterling und in Birkenhead ein Schaden von 200 000 Pfund Sterling angerichtet wurde. Im Laufe der Unruhen wurde ein Mann erschossen, zwei wurden durch Gewehrschüsse verwundet, 70—90 Personen wurden verletzt, fast 400 Personen verhaftet, über 100 Läden wurden zerstört und geplündert. — Auf eine Anfrage im Unterhause über den Polizeistreik sagte der Staatssekretär des Innern, die Lage habe sich nicht wesentlich geändert. Der Streik sei eine Meuterei gegen die der Oeffentlichkeit geschuldete Pflicht. Die Regierung werde sich auf kein Kompromiß mit den Ausständigen einlassen. Die entlassenen Leute würden nicht wieder eingestellt werden.

Wiedereinstellung von Eisenbahnern

Das Wolff-Bureau meldet: Eisenbahnarbeiter, die durch den Erlaß vom 3. Juni entlassen worden waren, sind, da sie teilweise in Unkenntnis des Beschlusses gehandelt haben, nach Prüfung des Einzelfalles wieder eingestellt worden. Weitere Einstellungen werden von genauer Prüfung der Einzelfälle abhängig gemacht werden.

Größere Berücksichtigung des Mittelstandes

G. **Weimar**, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Die demokratischen Abgeordneten Schneider (Sachsen) und Dr. Höpker hatten in einer Anfrage die Benachteiligung des Mittelstandes bei der Verteilung staatlich bewirtschafteter Rohstoffe und Betriebsmittel gerügt. Das Reichswirtschaftsministerium erklärt jetzt, daß der Mittelstand soweit als möglich bei der Verteilung derartiger Rohstoffe und Betriebsmittel berücksichtigt werden solle. Eine grundsätzliche Bevorzugung der Industrie finde nicht statt. Das Anteilsverhältnis von Industrie einerseits und Kleingewerbe und Handwerk anderseits könne naturgemäß nicht immer fest bestimmt und noch weniger bei allen Rohstoffen gleich bemessen werden, da der Anteil des Kleingewerbes in den einzelnen Gewerbezweigen verschieden groß sei, und da insbesondere auch die Beschäftigungsmöglichkeit für die Massen der Industriearbeiter gesichert werden müsse. Daß in Kreisen des gewerblichen Mittelstandes vielfach über unzulängliche Versorgung mit Rohstoffen geklagt werde, sei angesichts der Knappheit der vorhandenen Bestände begreiflich, eine Aenderung sei jedoch frühestens einige Zeit nach dem endgültigen Abschluß des Friedens und der Aufhebung der Blockade zu erhoffen.

Die Regierung werde, um den augenblicklichen Mangel wenigstens einigermaßen zu erleichtern, die zur Zeit vorhandenen Bestände beschleunigt zur Verteilung bringen. Kriegsteilnehmer sollen bei der Zuteilung von staatlich bewirtschafteten Rohstoffen und Betriebsmitteln soweit als möglich begünstigt werden. Im übrigen sei das Reichswirtschaftsministerium bereit, alle Klagen über unberechtigte Zurücksetzung oder Nichtberücksichtigung bei der Zuteilung von Rohstoffen eingehend zu prüfen und gegebenenfalls für Abhilfe zu sorgen.

Der demokratische Abg. Herrmann (Reutlingen) hatte ebenfalls in einer Anfrage darauf hingewiesen, daß in den Lagern der Reichstextil-Aktiengesellschaft und der Heeresverwaltung sich immer noch außerordentliche Mengen an Textilien befänden, die der Bevölkerung auf diese Weise zwecklos entzogen würden. Das Reichswirtschaftsministerium erklärt nun in Beantwortung der Anfrage diese Angaben als unzutreffend. Es weist aber darauf hin, daß für die Heeresverwaltung nur die Mengen an Textilwaren zurückgehalten würden, die für die Versorgung des Heeres mit Bekleidung unbedingt erforderlich seien, alles übrige sei bereits von der Heeresverwaltung für die bürgerliche Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Ein Ueberblick darüber, welche Mengen insgesamt in Frage kommen, sei bisher nicht zu gewinnen gewesen. In Zukunft sollen diese Bestände durch die Beauftragten der Reichsbekleidungsstelle, die zunächst die für die Notstandsversorgung geeigneten Waren auszuwählen haben, nachgeprüft werden. Der Rest, der nicht zu der Notstandsversorgung nach preislicher und qualitativer Beziehung geeignet ist, soll dem freien Verkehr zugeführt werden.

Das Reichswirtschaftsministerium gibt dann im einzelnen die Richtlinien an, nach denen die Räumung der großen Lager der Reichstextil-Aktiengesellschaft, des Bekleidungsbeschaffungsamtes und der sonstigen Heeres- und Marinelager erfolgen soll. Danach sollten die Lager der Reichstextil-Aktiengesellschaft bereits bis zum 31. Juli 1919 geräumt sein. Diese Angaben dürften nicht ganz zutreffend sein. Die Verwertung der Bestände liegt in den Händen der Arbeitsgemeinschaft der bezugsberechtigten Fachverbände, die die Bestände nach einem bestimmten Schlüssel an die Zentralverbände der Industrie, des Großhandel, der Konfektion, des Kleinhandels, des Handwerks und der Konsumvereine verteilt, die sie wieder an ihre Mitglieder abzugeben haben.

Die Heereslager werden von dem Reichsschatzministerium bzw. von dem ihm angegliederten Reichsverwertungsamt abgestoßen. Die hier für die Notstandsversorgung nicht in Frage kommenden Textilien werden in dem Bezirk, in dem das Lager gelegen ist, nach einem bestimmten Schlüssel verwertet. Hier erhalten Großhandel und Konfektion 20 Prozent, Kleinhandel und Handwerk und Konsumvereine 80 Prozent der Bestände. Die Waren, die für die Notstandsversorgung bestimmt sind, werden den Kommunalverbänden zugeleitet und von diesem dem Kleinhandel und auch dem Handwerk zur Abgabe an den wirtschaftlich schwächeren Teil der Bevölkerung gegen besondere Bedarfsscheine weitergegeben. Die Versorgung der heimkehrenden Kriegsgefangenen mit Kleidungs- und Wäschestücken hat die Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin in die Hand genommen. Hier sollen alle Maßnahmen getroffen worden sein, um die Versorgung der zurückkehrenden Gefangenen zu sichern.

Das Arbeitsprogramm der Nationalversammlung

G. **Weimar**, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung der Nationalversammlung nach der fünftägigen Pause am Donnerstag steht an erster Stelle eine Interpellation, die von sämtlichen Frauen der Nationalversammlung eingebracht ist. Sie befaßt sich mit den Mißständen, die sich bei der wirtschaftlichen Demobilmachung der Frauen ergeben haben. Es heißt in der Interpellation, daß die Entlassungen von Frauen sich in einem Umfange und in einer Art und Weise vollziehen, in der nicht nur eine schwere Ungerechtigkeit den Frauen gegenüber liege, sondern aus der auch schwere soziale und sittliche Gefahren sich ergeben müßten. Es sei unverkennbar, daß die vom Demobilmachungsamt aufgestellten Richtlinien teilweise unter dem Druck männlicher Berufsorganisationen, teilweise auch geradezu auf Anordnung der lokalen Demobilmachungsausschüsse unwirksam gemacht würden. Die Regierung wird gefragt, ob sie, entsprechend ihrem Programm, bereit sei, durch die Berufung von Frauen zur Mitwirkung bei allen Stellen, die mit sozialpolitischen Maßnahmen hinsichtlich der Frauenarbeit zu tun haben, eine ausreichende Rücksichtnahme auf die arbeitenden Frauen zu gewährleisten. Außerdem sind auf die Tagesordnung dieser Sitzung noch die